

Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober

Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das
antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland

Julius Gruber, Bianca Loy, Daniel Poensgen



Abstract

Das Working Paper diskutiert Gründe für den Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland nach den Massakern der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel. Dieser Anstieg wird zunächst mittels Ergebnissen des zivilgesellschaftlichen Antisemitismus-Monitorings der RIAS-Meldestellen aus ganz Deutschland dargestellt. Danach wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren das Vorfalleschehen nach dem 7. Oktober beeinflusst haben. Dafür wird das Konzept der Gelegenheitsstrukturen, wie es Lars Rensmann für die Antisemitismusforschung nutzbar gemacht hat, adaptiert und angewandt. Unter Berücksichtigung der Betroffenenperspektive zeigt sich: Mit den Massakern vom 7. Oktober hat sich eine Gelegenheitsstruktur etabliert, die – vor allem aufgrund der besonderen Gewaltförmigkeit ihres Anlassereignisses – eine besonders bedrohliche Wirkung auf Jüdinnen_Juden entfaltet hat.

Keywords

7. Oktober – israelbezogener Antisemitismus – Gelegenheitsstrukturen – zivilgesellschaftliches Monitoring – Betroffenenperspektive

Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober¹

Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland

Julius Gruber, Bianca Loy, Daniel Poensgen

1. Einleitung

Als am 7. Oktober Hamas-Terroristen in einem koordinierten Angriff² Israel überfielen und zahlreiche Massaker verübten, denen mehr als 1.163 Menschen zum Opfer fielen, war das auch der Beginn einer antisemitischen Dynamik in Deutschland: Mit dem 7. Oktober 2023 dokumentierten zivilgesellschaftliche Antisemitismus-Meldestellen, die unter dem Dach des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) organisiert sind, bundesweit einen drastischen Anstieg antisemitischer Vorfälle.³ So meldeten sich noch am 7. Oktober mehrere Zeug_innen, die beobachtet hatten, wie Menschen die Taten der Hamas offen feierten. Am Berliner Hauptbahnhof rief eine kleine Gruppe „From the river to the sea – Palestine will be free“ und freute sich unverhohlen über Videos, die sie auf einem Handy abspielte. Diese Parole war auch am Abend des 7. Oktober bei einer Versammlung im Berliner Stadtteil Neukölln

1 Zuletzt aktualisiert am 30.04.2024. Für eine leicht abweichende englischsprachige Fassung des vorliegenden Beitrages siehe: Julius Gruber / Bianca Loy / Daniel Poensgen: Antisemitic Reactions to October 7: The German Case. In: Rosa Freedman / David Hirsch / Odeliya Lair Zafir (Hrsg.): Responses to 7 October, Vol. 3: Law & Society (upcoming, London: Routledge 2024).

2 Recherchen der BBC zufolge beteiligten sich mindestens fünf Terrororganisationen an den Massakern am 7. Oktober: die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden, die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, die Omar-Al-Qasim-Brigaden, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Mudschahedin-Brigaden: Abdelali Ragad / Richard Irvine-Brown / Benedict Garman / Sean Seddon: How Hamas built a force to attack Israel on 7 October. In: BBC, 27.11.2023, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67480680> (Zugriff am 04.04.2024).

3 Die in diesem Absatz genannten Vorfälle wurden RIAS-Meldestellen durch Meldungen oder durch das Monitoring bekannt.

zu hören. Schlagzeilen machte eine Aktion von Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network (kurz: Samidoun) am selben Tag: Aktivisten des in Deutschland relativ kleinen Netzwerks verteilten, ebenfalls in Neukölln, aus Freude über die Massaker Süßigkeiten.⁴ Auch auf Social Media wurden die Massaker sofort aufgegriffen. Personen, die sich in den sozialen Medien mit den Opfern der Angriffe solidarisch zeigten, wurden antisemitisch angefeindet. Zugleich war vielfach eine Verherrlichung der Massaker zu beobachten. Die bundesweit agierende Gruppe Palästina Spricht, die sich mit der BDS-Bewegung solidarisiert, postete am Nachmittag des 7. Oktober, während das Morden in israelischen Kibbuzim noch andauerte, ein Bild der Hamas-Angriffe mit der Überschrift „Gaza just broke out of prison“. In einem Post auf X (ehemals Twitter) dazu verkündete die Gruppe: „#FreePalestine. We are overwhelmed. This is the first time in the history of our struggle against settler colonization & #Apartheid that Palestinians have retaken a town from settlers [...]“. Die Gruppe feierte also die Massaker, die Hamas-Terroristen an Zivilist_innen in Ortschaften innerhalb der israelischen Grenzen von 1967 verübten, als eine Form der Rückeroberung dieser Ortschaften („have retaken“).

Wieso aber kommt es nach massiver genozidaler Gewalt gegen Israelis zu einer Vielzahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland? Grundsätzlich müssen drei Aspekte einbezogen werden, um das Ausmaß und die Gestalt von Antisemitismus in einer Gesellschaft bestimmen zu können: 1. das Vorkommen und die Ausprägung antisemitischer Einstellungen, 2. antisemitische Handlungen und Straftaten sowie 3. die Perspektive der Betroffenen, in der Regel also von Jüdinnen_Juden.⁵ In diesem Beitrag sollen alle drei Aspekte berücksichtigt werden.

RIAS erfasst antisemitische Vorfälle über und unterhalb der Straftbarkeitsgrenze und wertet diese systematisch aus. Betroffene und Zeug_innen

4 Palästinenser-Netzwerk feiert Hamas-Angriff. In: ZDFheute, 07.10.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hamas-angriff-israel-samidoun-berlin-sonnenallee-100.html> (Zugriff am 05.02.2024).

5 Mike Whine: Can the European Agencies Combat Antisemitism Effectively? In: Israel Journal of Foreign Affairs Vol. 11/2018, No. 3, S. 371–381.

antisemitischer Vorfälle können diese über eine Website, per Telefon oder E-Mail an RIAS melden. Die Schilderungen werden verifiziert und mithilfe einer operationalisierten Version der *Arbeitsdefinition von Antisemitismus*⁶ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) auf ihren antisemitischen Gehalt geprüft. Die Beschreibungen der Vorfälle werden dann durch RIAS codiert. Auch die Befunde eines Versammlungs- und Pressemonitorings, das RIAS vornimmt, fließen in diese Daten ein. Die quantitativen und qualitativen Ergebnisse dieser Erfassung und Analyse werden regelmäßig veröffentlicht.⁷ Der vorliegende Text basiert auf Daten zu antisemitischen Vorfällen, die sich zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November 2023 ereignet hatten und die im Rahmen des RIAS-Monitoringberichts *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober*⁸ ausgewertet wurden.

Um sowohl das hohe Ausmaß antisemitischer Vorfälle in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 als auch die Spezifik dieser Entwicklung beschreiben zu können, wird im Folgenden auf das Konzept der Gelegenheitsstrukturen zurückgegriffen. In Reaktion auf die massive Gewalt der Hamas in Israel entstanden durch das Handeln unterschiedlicher Akteure Rahmenbedingungen, die antisemitische Vorfälle (auch) in Deutschland begünstigen. Diese Gelegenheitsstrukturen sind nicht der Grund für Antisemitismus, aber sie bieten Antisemit_innen den Rahmen dafür, antisemitisch zu handeln. Um diese These zu entwickeln, wird zunächst die Debatte um den Begriff der Gelegenheitsstruktur in der Antisemitismusforschung nachgezeichnet. Es folgt

6 Bundesverband RIAS: Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. 2020. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf (Zugriff am 08.04.2024); International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Online unter: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (Zugriff am 20.02.2024).

7 Z. B.: Bundesverband RIAS: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022. 2023. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitic_incidents_in_Germany_Annual-Report_Federal_Association_RIAS_2022.pdf (Zugriff am 05.02.2024).

8 Bundesverband RIAS: Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023. 2023. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf (Zugriff am 05.02.2024). Ausgewertet wurden alle Vorfälle dieses Zeitraumes, die in einem Zusammenhang mit dem 7. Oktober standen und bis zum 16. November 2023 verifiziert werden konnten.

eine kurze Darstellung antisemitischer Vorfälle in Deutschland im Zeitraum zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November 2023. Im Anschluss werden unterschiedliche Elemente der Gelegenheitsstruktur, die sich seit dem 7. Oktober in Deutschland ausmachen lässt, beschrieben. Zusätzlich wird eine vorläufige Einschätzung vorgenommen, was die Perspektive der Betroffenen auf die Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland seit den Terrorangriffen der Hamas anbelangt. Der Beitrag schließt mit einem Fazit.

2. Gelegenheitsstrukturen in der Antisemitismusforschung

In der im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen Debatte um Gelegenheitsstrukturen wird hierunter ganz allgemein die Beziehung zwischen individuellen oder kollektiven Möglichkeiten und ihren sozialen Bedingungen verstanden. Es geht also um soziale Verhältnisse, die ein bestimmtes individuelles oder kollektives Verhalten wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Für die Antisemitismusforschung und spezifisch für die Frage nach den Gelegenheitsstrukturen antisemitischer Vorfälle sind insbesondere zwei Zugänge relevant: politikwissenschaftliche und kriminologische.

Für die Deutung politischer Gelegenheitsstrukturen lassen sich mit dem Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt marxistisch-makrosoziologische Theorien von mikrosoziologischen Modellen unterscheiden.⁹ Zu ersteren zählen marxistische Revolutionstheorien, aber auch Collective-Behavior-Theorien, die nach den Logiken kollektiven Verhaltens fragen, ebenso Relative-Deprivation-Modelle, die soziales Verhalten auf einen empfundenen relativen Mangel zurückführen. Zu letzteren zählt z. B. der Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz, der die Ressourcen, die für eine Handlung notwendig sind, und die Chancen ihrer Mobilisierung untersucht. Generell wichtig für die politikwissenschaftliche Debatte um Gelegenheitsstrukturen ist die Arbeit des Soziologen Doug McAdam. Unter einer politischen Gelegenheitsstruktur versteht er die strukturellen Merkmale einer politischen Umgebung, welche die Wahrscheinlichkeit und die Form kollektiver Aktionen beeinflussen.¹⁰ Als diesbezüglich relevante strukturelle Merkmale fasst er maßgeblich: die relative Offenheit oder Geschlossenheit des politischen Systems für neue Akteure oder Politikansätze; die Stabilität oder Instabilität der Eliten-Ausrichtungen, die einem Gemeinwesen zugrunde liegen; die Anwesenheit oder

9 Herbert P. Kitschelt: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: *British Journal of Political Science* 16, No. 1 (1986), S. 57–85.

10 Doug McAdam: Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions. In: Doug McAdam / John D. McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press 1996, S. 23–40, hier S. 35.

Abwesenheit von Verbündeten der Eliten; die Kapazität und Schlagkraft eines Staates, Repressionen einzusetzen.¹¹ Mit McAdams Überlegungen verwandt ist das Konzept der Political Opportunity Structure: Insbesondere in der Protest- und Bewegungsforschung sowie in der Policy-Analyse, werden damit die Bedingungen für das Handeln politischer Akteur_innen untersucht.¹²

In der kriminologischen Forschung geht es um die Frage, ob Gelegenheiten für die Begehung von Straftaten verfügbar und wie sie verteilt sind. Hier lassen sich insbesondere (eher) situationsbezogene von (eher) kontextuell-strukturellen Theorien unterscheiden. Letztere fragen beispielsweise nach dem sozioökonomischen Status potenzieller Täter_innen oder nach den strukturellen Eigenschaften potenzieller Tatorte. Erstere – darunter die Routine Activity Theory nach Cohen und Felson¹³ – konzentrieren sich auf situative Faktoren: z. B. geeignete Zielpersonen, motivierte Täter_innen oder das Fehlen von Kontrollen.

An vielen dieser Modelle und Arbeiten lässt sich kritisieren, dass sie zu weit gefasst sind. Unter dem Begriff der Gelegenheitsstruktur lässt sich dann potenziell alles fassen – schließlich geschieht individuelles und kollektives Handeln nie im luftleeren Raum, ohne auslösende, begünstigende oder erschwerende Faktoren. Zudem werden Gelegenheitsstrukturen und die sie bestimmenden Faktoren zu stark objektiviert, indem die „Wahrnehmungs- und Bewertungsleistung von Akteuren“ – worauf beispielsweise Rational-Choice-Ansätze abheben – unterschätzt wird.¹⁴ Schließlich muss betont werden, dass die hier benannten Strukturen den Individuen zwar mitunter verselbstständigt gegenüberstehen mögen, dass sie sich aber nichtsdestotrotz aus den Handlungen von Individuen ergeben. Wie beim Antisemitismus selbst handelt es sich auch bei den ihn begünstigenden oder

11 McAdam: Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions, S. 27.

12 Z. B.: Kitschelt: Political Opportunity Structures.

13 Lawrence Cohen / Marcus Felson: Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach. In: American Sociological Review Vol. 44, No. 4, (1979) S. 588–608.

14 Stefanie Eifler: Einleitung: Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität. In: Dies. et al. (Hrsg.): Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität: Soziale Probleme, Gesundheit und Sozialpolitik. Materialien und Forschungsberichte, Nr. 2. Bielefeld: Universität Bielefeld 2001, S. 5–18, hier S. 7.

begrenzenden Gelegenheitsstrukturen um soziale, also historisch begründete und veränderbare Verhältnisse.

In der Antisemitismusforschung spielt der Begriff der Gelegenheitsstruktur eine eher untergeordnete Rolle und wurde selten wirklich ausgearbeitet. Wird er verwendet, ist er stark an politikwissenschaftlichen Begriffen orientiert. Samuel Salzborn¹⁵ spezifiziert Gelegenheitsstrukturen als Situationen, in denen Antisemitismus „öffentliche Artikulationsmöglichkeiten hat, die zum Vorwand genommen werden, das vorhandene antisemitische Ressentiment auszuagieren“. Stefanie Schüler-Springorum¹⁶ macht in den „steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten“ einen Beleg für eine „zunehmende Gelegenheitsstruktur“ aus, die sie durch „eine Verrohung der Umgangsformen“ und „die steigende Salonfähigkeit von nationalistischen, völkischen und rassistischen Positionen und Handlungen“ bestimmt. In einer Arbeit zu „Nahostdiskurse[n]“ betonte Peter Ullrich 2008 die Wichtigkeit, prozessorientierte Theorien politischer Gelegenheitsstrukturen mit der Frage nach den „diskursive[n] Gelegenheitsstrukturen“ – d. h. den „in einer Kultur vorhandenen auf das Thema beziehbaren Denk-, Wahrnehmungs- und Kommunikationsmuster“ – zu verbinden.¹⁷

Der elaborierteste und umfassendste Ansatz in der Antisemitismusforschung zu Gelegenheitsstrukturen stammt von Lars Rensmann.¹⁸ Er macht ein Set von politischen, diskursiven und kulturellen Faktoren aus, die ein „Gesamtgefüge“ von „politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen“ ergäben.¹⁹

15 Samuel Salzborn: Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung. In: Recht und Politik 57 (2021), S. 221–227, hier S. 226.

16 Stefanie Schüler-Springorum: Antisemitismus und Antisemitismusforschung: Ein Überblick. In: In: APuZ (Heftthema Antisemitismus) Jahrgang 70, Nr. 26-27 (Heftthema: Antisemitismus), S. 29–35. Online unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2020-26-27_online.pdf (Zugriff am 22.02.2024).

17 Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Deutschland und Großbritannien. (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung: Texte 48). Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2008, S. 37.

18 Lars Rensmann: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

19 Rensmann: Demokratie und Judenbild, S. 211.

Rensmann identifiziert fünf zentrale Parameter. Die Frage, welche Wirkung sie auf das Vorfallgeschehen seit dem 7. Oktober haben, ist Gegenstand dieses Working Papers. Die Analyse tausender antisemitischer Vorfälle, die RIAS seit 2017 in ganz Deutschland erfasst hat, legt allerdings nahe, dass zusätzlich situative Faktoren berücksichtigt werden müssen. Dies steht in Einklang mit kriminologischen Theorien, die – etwa in den Arbeiten von Cohen und Felson (s. o.) – die Bedeutung situationsbezogener Faktoren betonen. Daher werden situative Faktoren im vorliegenden Text als sechster Parameter für Gelegenheitsstrukturen herangezogen. Zusammengenommen ergibt sich daraus für die Analyse des Vorfallgeschehens folgendes Schema:²⁰

1. gesellschaftliche Strukturprinzipien;
2. politisch-kulturelle Reservoirs wie Vor- und Einstellungen und psychosoziale Dispositionen;
3. politische Kommunikationsprozesse, z. B. der politische Diskurs und öffentliche Interaktionen (im Folgenden kurz: „öffentliche Debatten“);
4. die Reaktionsweise des politischen Systems, z. B. Repression oder Sanktionierung;
5. die politische Angebotsseite, d. h. das Agieren antisemitischer politischer Akteure;
6. situative Faktoren.

Allgemein plädiert dieser Beitrag für einen engen, qualitativen Begriff der Gelegenheitsstruktur, um ihn für die Antisemitismusforschung nutzbar zu machen. Das bedeutet, dass der Fokus nicht auf permanent bestehende soziale Faktoren, die ein bestimmtes Verhalten ermöglichen oder erschweren, gerichtet wird; stattdessen werden unter Gelegenheitsstrukturen temporär sich verändernde Möglichkeitsbedingungen verstanden, die eine Zu- oder Abnahme antisemitischer Handlungen bedingen.

20 Die Reihenfolge der fünf Parameter entspricht hier der Struktur und Darstellung in Kapitel 4, eine Begründung dazu findet sich in der dortigen Einleitung. Bei Rensmann selbst ist die Reihenfolge eine andere.

3. Überblick: Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023

Bevor wir uns der Gelegenheitsstruktur zuwenden, wollen wir einen kurzen Überblick über das Vorfalleschehen im Nachgang des 7. Oktober liefern. Bis Mitte November haben zivilgesellschaftliche Meldestellen, die mit der von RIAS entwickelten Methode arbeiten, für den Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 9. November 2023 insgesamt 994 antisemitische Vorfälle im Kontext der Massaker der Hamas und des Krieges in Israel und Gaza dokumentiert (Stand 16.11.2023).²¹ Rechnerisch entspricht das 29 Vorfällen pro Tag. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 erfassten RIAS-Meldestellen ohne kontextuelle Einschränkung rechnerisch knapp sieben Vorfälle am Tag. Unter den 994 verifizierten antisemitischen Vorfällen sind 3 Fälle extremer Gewalt, d. h. physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können sowie schwere Körperverletzungen, aber auch bloße Versuche solcher Taten: So wurde beispielsweise am 18. Oktober in Berlin ein Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum verübt, in dem neben einer Synagoge auch eine Schule und eine Kita untergebracht sind. Zudem wurden insgesamt 29 Angriffe dokumentiert. Beispielsweise wurde in Gießen einem Israeli durch zwei Männer ins Gesicht geschlagen. Der Betroffene hatte eine Israelflagge auf seinen Balkon gehängt. Die Männer verschafften sich Zutritt zu seiner Wohnung, nahmen ihm erst sein Mobiltelefon und dann die Israelflagge weg. Zu den 72 dokumentierten gezielten Sachbeschädigungen zählt etwa die Beschädigung von Gedenkstätten für die Opfer der Schoa oder für während des Nationalsozialismus zerstörte Synagogen. Viele der außerdem erfassten 32 Bedrohungen, 4 Massenzuschriften und 854 Fälle verletzenden Verhaltens ereigneten sich online. Unter den Fällen verletzenden Verhaltens sind außerdem 177 Versammlungen, in deren Zuge antisemitische Äußerungen getätigt wurden. So dokumentierten RIAS-

Meldestellen häufig die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“²², mit der Israels Existenzrecht negiert und Gewalt gegen Israelis legitimiert wird. Auch die islamistische Parole „Khaibar, Khaibar, ya yahud! Jaish Muhammad soufa ya'oud!“ („Khaibar, Khaibar, oh Juden! Erinnert euch an Khaibar, die Armee Mohammeds kehrt zurück!“) wurde auf mehreren Versammlungen gerufen; sie stellt eine affirmierende Bezugnahme auf eine Überlieferung eines Pogroms gegen Jüdinnen_Juden dar. Besonders häufig sind auf solchen Versammlungen zudem geschichtliche Analogien anzutreffen, in denen die Verteidigungsmaßnahmen des israelischen Staates mit den Verbrechen der Nazis gleichgesetzt werden.

Bereits die knappe Aufzählung zeigt: Nach dem 7. Oktober kam es zu einer Vielzahl antisemitischer Vorfälle unterschiedlicher Qualität. Zugleich unterscheidet sich die Situation im Herbst 2023 deutlich von ähnlichen Situationen in der Vergangenheit. So kam es zwar beispielsweise im Mai 2021 ebenfalls kurzzeitig zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle im Kontext der damaligen militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas.²³ Allerdings hatte dieser Anstieg nicht das selbe Ausmaß, wie es RIAS seit dem 7. Oktober 2023 beobachtet, zudem normalisierte sich die Situation 2021 innerhalb kurzer Zeit wieder. Aus der Entwicklung der Vorfallaufkommen im Analysezeitraum nach dem 7. Oktober 2023 lässt sich im Zeitverlauf ableiten, dass bestimmte Ereignisse und der Umgang damit das Vorfallaufkommen verstärken können. Dies weist auf die Bedeutung von Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Vorfälle hin.

22 „Gemeint sind der Fluss Jordan und das Mittelmeer – gefordert wird also ein Palästina, das sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Für einen jüdischen Staat bliebe da kein Platz, die Parole ist also als Wunsch nach dem Ende Israels zu verstehen. In der angeblichen Forderung nach ‚Freiheit‘ steckt außerdem die Behauptung, das Land sei unter israelischer Kontrolle nicht frei und Israel ein illegitimes Besatzungsregime, das beseitigt werden müsse.“ Aus: RIAS Bayern: „From the river to the sea“. Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021. 2021. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf (Zugriff am 27.02.2024).

23 Bundesverband RIAS / IIBSA: Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021. 2021. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf (Zugriff am 05.02.2024).

4. Die Massaker vom 7. Oktober als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle in Deutschland

Gelegenheitsstrukturen als Merkmale der gesellschaftlichen und politischen Umgebung machen antisemitisches Handeln wahrscheinlicher oder erschweren es. Im Folgenden sollen nun die politischen, kulturellen, diskursiven und situativen Faktoren beschrieben werden, die das Vorfallgeschehen seit den Massakern der Hamas am 7. Oktober 2023 beeinflusst haben dürften. In der Summe führten sie zu einem erheblichen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Beginnend mit Faktoren auf der Makro-Ebene – gesellschaftlichen Strukturprinzipien –, wird die Aggregationsebene der Analyse Schritt für Schritt reduziert, bis diese schlussendlich mit situativen Faktoren – der Mikro-Ebene – schließt. Konkret und in den Beispielen geht es um den Zeitraum bis zum 9. November. Angesichts hoch bleibender Fallzahlen ist allerdings anzunehmen, dass die Gelegenheitsstruktur, wie sie im Folgenden beschrieben wird, im Kern fortbesteht.

4.1. Gesellschaftliche Strukturprinzipien

Zu den gesellschaftlichen Strukturprinzipien, die als Teil der Gelegenheitsstrukturen antisemitischer Vorfälle die Rahmenbedingungen für Letztere beeinflussen, gehören allgemein Aspekte kapitalistischer Vergesellschaftung. Aber auch gesellschaftliche Krisen wie Wirtschaftskrisen oder zuletzt die Coronapandemie sind als solche zu begreifen. Derartige gesellschaftliche Krisensituationen lassen antisemitische Deutungsangebote, die mittels Vereindeutigung oder Komplexitätsreduktion Menschen helfen, sich zurechtzufinden, attraktiver erscheinen.²⁴

24 Moische Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Moische Postone (Hrsg.): Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Freiburg i. Brsg.: ça ira-Verlag 2020, S. 165–194; Markus Baum: Verschwörungsnarrative im Kontext von Krisenerfahrungen und Kontrollverlusten (CARS Working Papers # 007). Online unter: https://katho-nrw.de/fileadmin/media/foschung_transfer/forschungsinstitute/CARS/CARS_WorkingPaper_2022_007_Baum.pdf (Zugriff am 12.02.2024).

Die Angriffe der Hamas und anderer Terrororganisationen auf Israel und der darauffolgende Krieg zwischen Israel und jenen Terrororganisationen im Gazastreifen stellen in diesen Gebieten eine gesellschaftliche Krisensituation dar. Aber auch in Deutschland wurde das Geschehen von vielen als Krise wahrgenommen: durch Herkunftsbezüge in die Region, durch israelische Verwandte und Freund_innen, durch deutsche Opfer der Massaker und Entführungen, aber auch durch deutsche Staatsbürger_innen in den palästinensischen Gebieten, durch die umfassende Medienberichterstattung und nicht zuletzt durch die Verbreitung von Bildern in den sozialen Medien, in denen brutalste Anwendungen von Gewalt gezeigt wurden.

Die Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland war gleichwohl größer als bei anderen gesellschaftlichen Krisensituationen, zudem setzte sie unmittelbar mit den Massakern der Hamas und nicht erst mit den Maßnahmen zur Selbstverteidigung Israels ein. Daher liegt die Folgerung nahe, dass die eliminatorische Gewalt gegen Jüdinnen_Juden in Israel Menschen hierzulande in besonderem Maße motivierte, sich ihrerseits antisemitisch zu äußern oder anderweitig antisemitisch zu handeln.

4.2. Politisch-kulturelle Reservoirs

In Wechselwirkung mit den gesellschaftlichen Strukturprinzipien stehen die politisch-kulturellen Reservoirs einer Gesellschaft, worunter maßgeblich die in einer Gesellschaft verbreiteten Einstellungen verstanden werden. Für die Einordnung der Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland seit den Angriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober ist insbesondere die generelle Verbreitung des israelbezogenen Antisemitismus relevant. Denn dieser prägte das von RIAS dokumentierte Vorfalleschehen zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November in besonderem Maße: In 87 % aller erfassten Vorfälle, die einen Bezug zu den Massakern und dem darauffolgenden Krieg im Gazastreifen aufwiesen, wurden Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus verwendet. Der Post-Schoa-Antisemitismus spielte hingegen in 23 % dieser Vorfälle eine Rolle.²⁵ Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022

dokumentierte RIAS Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus in 51 % aller Vorfälle, jene des israelbezogenen Antisemitismus hingegen in 25 %.²⁶

Seit dem 7. Oktober lässt sich also nicht nur ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle beobachten, sondern im Vergleich zu den Vorjahren auch eine Verschiebung, was die dokumentierten Erscheinungsformen von Antisemitismus betrifft. Häufig verschränkten sich Ausdrucksformen von israelbezogenem Antisemitismus auch mit Stereotypen des Post-Schoa-Antisemitismus, etwa in der Parole „One Holocaust does not justify another“.

Israelbezogener Antisemitismus war und ist in Deutschland grundsätzlich weit verbreitet, auch vor dem 7. Oktober. So stimmten im Zuge einer repräsentativen Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang 2023 knapp 40 % der Befragten der folgenden Aussage „teils/teils“, „eher“ oder „voll und ganz“ zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“²⁷ Der israelbezogene Antisemitismus, der mit diesem Item gemessen wird, ist den Autor_innen der Studie zufolge im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.²⁸ Gleichzeitig messen Studien aus der Einstellungsforschung seit Jahren hohe Zustimmungswerte zu Aussagen, die dieser Form des Antisemitismus zugerechnet werden können.²⁹

Um die Auswirkung politisch-kultureller Reservoirs auf die Gelegenheitsstrukturen antisemitischer Vorfälle zu verstehen, genügt es nicht, nach der Verbreitung *antisemitischer* Einstellungen zu fragen. Im Jahr 2023 wurde in der Bundesrepublik eine ausufernde Debatte um Migration geführt, in

26 Bundesverband RIAS: Antisemitische Vorfälle.

27 Nico Mokros / Andreas Zick: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung (Kap. 5). In: Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2023, S. 149–184, hier S. 161.

28 Mokros / Zick: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 164.

29 Z.B.: Peter Ulrich / Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler: Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus. In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hrsg.): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2012, S. 68–85, hier S. 78. Online unter: https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2012.pdf (Zugriff am 12.03.2024).

der Positionen dominierten, die eine verstärkte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber_innen und eine stärkere Regulierung von Einwanderung forderten. Derartige Forderungen finden ihren Widerhall in weit verbreiteten Einstellungen: Laut einer Befragung des German Institute for Global and Area Studies lehnten 64,1 % der Befragten eine schnellere Einbürgerung von Geflüchteten ab, während 61,1 % der Aussage zustimmten, durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kämen vor allem Gewalttäter nach Deutschland.³⁰ Nach dem 7. Oktober wurden antisemitische Vorfälle mit einem islamischen/islamistischen Hintergrund im Berliner Stadtteil Neukölln in der öffentlichen Debatte zum Anlass genommen, die Themenfelder Migration und Antisemitismus zu verbinden und unter anderem eine verstärkte Abschiebung antisemitisch motivierter Straftäter zu fordern. Diese Verknüpfung könnte dazu geführt haben, dass rechtsextreme Akteure für das antisemitische Vorfallgeschehen im Kontext des 7. Oktober eine untergeordnete Rolle spielten. Möglicherweise versuchten diese, die Deutung von Antisemitismus als spezifisch migrantisches Problem – de facto eine Externalisierung von Antisemitismus – durch Zurückhaltung glaubhafter zu machen: RIAS ordnet nur 2 % aller Vorfälle einem rechtsextremen Hintergrund zu, während dies in 13 % aller Vorfälle 2022 der Fall war. Ein Beispiel für einen rechtsextremen Vorfall war ein Transparent, das am 10. Oktober über dem Eingang einer Gaststätte in Dortmund zu sehen war: Auf ihm war „Israel ist unser Unglück“ zu lesen. Die Abwandlung des auf Heinrich von Treitschke zurückgehenden Ausspruchs „Die Juden sind unser Unglück“, der später zur Parole der NS-Zeitung *Der Stürmer* wurde, war ein Wahlkampfslogan der rechtsextremen Partei Die Rechte.

4.3. Öffentliche Debatten

Zentral für die Entstehung von Gelegenheitsstrukturen sind Anlässe, auf die sich politische Akteure beziehen und zu denen sie mobilisieren können. Wie Medien über die Entwicklungen in Israel und im Gazastreifen berichteten,

30 Thomas Richter / Janosch Kleinschnittger / Katrin Brettfeld / Peter Wetzels: Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland (GIGA Focus Global 1/2023). Hamburg: German Institute for Global and Area Studies (GIGA). Online unter: <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011> (Zugriff am 22.02.2024).

hatte großen Einfluss darauf, wie sich das Vorfalleschehen in Deutschland entwickelte. Grundsätzlich ließ sich in der medialen Berichterstattung eine schnelle Fokusverschiebung feststellen: weg von der genozidalen Gewalt der Hamas, hin zu einer Kritik des israelischen Vorgehens im Gazastreifen. Auch spielten die zahlreichen deutschen Geiseln der Hamas in der Berichterstattung fast keine Rolle. Systematische Untersuchungen der deutschen Medienberichterstattung zu den Massakern vom 7. Oktober stehen derzeit jedoch noch aus.³¹

Sehr konkret zeigte sich der Einfluss der Medien auf die Gelegenheitsstruktur antisemitischer Vorfälle in den Tagen nach dem 17. Oktober. Damals behauptete die Hamas, eine israelische Rakete habe das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt getroffen und 500 Menschen getötet. Die Meldung wurde auch von Qualitätsmedien in Deutschland, etwa dem öffentlich-rechtlichen Radiosender Deutschlandfunk, ungeprüft übernommen.³² In der Folge konnten sich antiisraelische Accounts auf besagte Qualitätsmedien beziehen, wodurch die in den sozialen Medien ohnehin stattfindende Verbreitung von Falschinformationen zum Geschehen scheinlegitimiert wurde. An den beiden darauffolgenden Tagen kam es jeweils zu den meisten antisemitischen Vorfällen an einem einzelnen Tag innerhalb des von RIAS untersuchten Zeitraumes zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November: Am 18. Oktober erfasste RIAS 50 antisemitische Vorfälle, am 19. Oktober 61. Derartige Falschmeldungen als diskursive Ereignisse haben offenbar einen größeren Einfluss auf das Vorfalleschehen als das tatsächliche Agieren Israels: Als beispielsweise Israel am 28. Oktober die Bodenoffensive im Gazastreifen begann, war der Anstieg antisemitischer Vorfälle wesentlich geringer.

31 Für vorherige Untersuchungen zur deutschen Nahostberichterstattung siehe dazu: Robert Beyer: „Die Israelis können tun, was sie wollen und haben dafür immer Rückendeckung“ – Einseitig kritische Nahostberichterstattung in der deutschen Qualitätspresse. In: Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden: Nomos 2015, S. 217–240; Hagen Troschke: Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012. In: Schwarz-Friesel (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus, S. 253–274.

32 Zur Reaktion des Deutschlandfunks vgl. Marco Bertolaso: Auch die Hamas ist eine journalistische Quelle. In: Deutschlandfunk, 19.10.2023 (Audiobeitrag), <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zu-berichten-ueber-den-nahost-konflikt-auch-die-hamas-ist-eine-quelle-dlf-47f20254-100.html> (Zugriff am 05.02.2024).

4.4. Reaktionen des politischen Systems

Nach dem 7. Oktober waren in Deutschland zahlreiche Reaktionen des politischen Systems auf das Anlassereignis selbst – die Massaker der Hamas –, aber auch auf die antisemitischen Vorfälle in Deutschland seit dem Angriff auf Israel zu verzeichnen. Gerade in den ersten Wochen nach dem 7. Oktober verboten Versammlungsbehörden ein Reihe von Versammlungen, da sie eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellten.³³ Versammlungen, die nicht verboten wurden, wurden von den Behörden in einigen Städten streng beauftragt. So wurden mancherorts einzelne Parolen wie „From the river to the sea“ oder „Kindermörder Israel“ verboten, vereinzelt das Rufen von Parolen insgesamt.³⁴ Gegen diese Verbote und Auflagen kam es einerseits zu teilweise gewalttätigen Protesten.³⁵ Andererseits erschwerten sie doch die Durchführung von Versammlungen mit antisemitischen Ausdrucksformen und nahmen in diesem Sinne Einfluss auf das Vorfalleschehen.

Zudem kam es infolge des 7. Oktober zu repressiven Maßnahmen gegen Akteure, die in einer unmittelbaren Beziehung zu den Massakern in Israel

33 Till Hendlmeier / Christoph Schuch / Laura Schwarz: Antisemitismus – eine Gefahr: Über antisemitismus(un)kritische Prognosen im Versammlungsrecht. In: Verfassungsblog, 11.11.2023, <https://verfassungsblog.de/antisemitismus-eine-gefahr/>, DOI: 10.59704/22736a1af85809e7 (Zugriff am 22.02.2024).

34 Verwaltungsgerichtshof verbietet antisemitische Parolen. In: hessenschau, 02.12.2023, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/demos-in-frankfurt-verwaltungsgerichtshof-verbietet-antisemitische-parolen-v1,kurz-vgh-urteil-zu-parolen-bei-demos-100.html> (Zugriff am 05.02.2024). Insbesondere die Parole „From the river to the sea“ ist Gegenstand aktueller juristischer Aushandlungsprozesse. Mittlerweile wurde das Verbot der Parole vom hessischen Verwaltungsgericht für unrechtmäßig erklärt: Frankfurt darf umstrittene Demo-Parole nicht verbieten. In: WELT, 22.03.2024, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article250702800/Frankfurt-darf-umstrittene-Demo-Parole-nicht-verbieten.html> (Zugriff am 04.04.2024). Demgegenüber hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg das Verbot der Parole durch die Stadt Freiburg bestätigt: Versammlung darf nicht unter „From the River to the Sea“-Motto stattfinden. In: Legal Tribune Online, 03.04.2024, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-freiburg-vgh-mannheim-palaestina-demonstration-demo-parole-river-to-sea-hamas/> (Zugriff am 04.04.2024).

35 Kerstin Gehrke: Nach Ausschreitungen bei Pro-Palästina-Demo: 25-Jähriger erhält acht Monate auf Bewährung. In: Tagesspiegel, 15.11.2023, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-ausschreitungen-bei-pro-palastina-demo-25-jahriger-am-mittwoch-vor-gericht-in-berlin-10781104.html> (Zugriff am 05.02.2024).

und/oder den antisemitischen Vorfälle in Deutschland danach standen. So erließ am 2. November die Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein Betätigungsverbot für die Hamas und für Samidoun in Deutschland, Samidoun wurde zudem aufgelöst.³⁶ Drei Wochen nach dem Verbot wurden in fünf Bundesländern Razzien bei vom Verbot betroffenen Vereinen und Personen durchgeführt.³⁷ Auch die Objekte islamistischer Akteure wie das Islamische Zentrum Hamburg wurden durchsucht.³⁸ Da die Debatte um mögliche Vereins- oder Betätigungsverbote bereits mit dem 7. Oktober einsetzte, ist es nicht unwahrscheinlich, dass bereits im Untersuchungszeitraum einige Gruppen weniger in die Öffentlichkeit traten.

Die Reaktion der etablierten Parteien auf die Massaker der Hamas war eindeutig: Der Deutsche Bundestag forderte am 12. Oktober die Bundesregierung auf, Israel volle Solidarität und Unterstützung zu gewähren, für die Existenz und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel einzutreten und jenen Kräften weltweit entschlossen entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels infrage stellen.³⁹ Unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchten Israel und bekundeten einhellig ihre Solidarität mit dem jüdischen Staat.⁴⁰

36 Betätigungsverbot für Hamas und Samidoun in Deutschland. In: tagesschau, 02.11.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verbot-hamas-samidoun-100.html> (Zugriff am 30.11.2023).

37 Drei Wochen nach Verbot: Razzien bei Hamas und Samidoun. In: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-drei-wochen-nach-verbot-razzien-bei-hamas-und-samidoun-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231123-99-48004> (Zugriff am 30.11.2023).

38 Großrazzia gegen Islamisches Zentrum Hamburg. In: NDR, 17.11.2023, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Grossrazzia-gegen-Islamisches-Zentrum-Hamburg,razzia2228.html> (Zugriff am 04.12.2023).

39 Deutscher Bundestag: Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Lage in Israel. Drucksache 20/8736, 10.10.2023. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008736.pdf> (Zugriff am 06.02.2024).

40 Steinmeier zu Besuch in Israel: „Unsere Solidarität gilt“. In: tagesschau, 26.11.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/steinmeier-israel-152.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Reaktionen des politischen Systems auf das Vorfalleschehen nach dem 7. Oktober der Etablierung von Gelegenheitsstrukturen eher entgegenwirkten.

4.5. Politische Angebotsseite

Von den Reaktionen des politischen Systems nur schwer zu unterscheiden sind Angebote, Framings und Kampagnen politischer Akteure, die antisemitische Vorfälle wahrscheinlicher machten. Die Unterscheidung fällt deshalb schwer, weil manche politische Akteure Teil des politischen Systems sind – beispielsweise als Parteien, die in den Parlamenten vertreten sind oder die Regierung stellen. Auffallend ist, dass bei den seit dem 7. Oktober von RIAS dokumentierten antisemitischen Vorfällen – ähnlich wie bei den Erscheinungsformen (s.o.) – eine zumindest temporäre Verschiebung der dominierenden politischen Hintergründe zu beobachten war. So nahm die Bedeutung von Akteuren politisch-weltanschaulicher Spektren, die sonst für das Vorfalleschehen eine eher geringe Rolle spielen, zu. Im analysierten Zeitraum wurde knapp jeder fünfte Vorfall (21 %) dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet; weitere 6 % entfallen auf den islamischen/islamistischen Hintergrund; 5 % der Fälle wurden als links/antiimperialistisch klassifiziert.⁴¹ Im gesamten Jahr 2022 wurden hingegen nur 7 % dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet, weniger als 1 % hatten einen islamischen/islamistischen und 2 % einen linken/antiimperialistischen Hintergrund. Rechtsextremismus oder verschwörungsideologische Gruppen, die in den vergangenen Jahren das Vorfalleschehen dominiert hatten, spielten bei den Vorfällen im Kontext des 7. Oktober eine untergeordnete Rolle. Jeweils 2 % der dokumentierten Vorfälle zwischen dem 7. Oktober und dem 9. November konnten dem rechtsextremen und dem verschwörungsideologischen Spektrum zugeordnet werden. 2022 hingegen machten Vorfälle, die dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden konnten, insgesamt 13 % aus, die des verschwörungsideologischen Spektrums 21 %.⁴²

41 Bundesverband RIAS: Antisemitische Reaktionen.

42 Bundesverband RIAS: Antisemitische Vorfälle.

RIAS rechnet antisemitische Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zu, wenn sie keinem anderen politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und wenn die israelfeindliche Motivation eindeutig gegenüber einer Positionierung als links/antiimperialistisch, rechtsextrem, christlich / dem christlichen Fundamentalismus zugehörig, verschwörungsideologisch, der politischen Mitte zugehörig oder islamisch/islamistisch dominiert. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen unter anderem säkulare palästinensische Gruppen sowie Unterstützer_innen antisemitischer Boykottkampagnen wie BDS, die sich gegen den jüdischen Staat Israel richten. Für seine bundesweite Koordination kommt der Gruppe Palästina Spricht eine zentrale Rolle zu: Sie organisiert bundesweit antiisraelische Versammlungen und erstellt sowie verbreitet in den sozialen Medien Übersichten, die auch nicht von der Gruppe selbst organisierte Versammlungen beinhalten. Bei vielen dieser Versammlungen wurden RIAS antisemitische Vorfälle bekannt. So trugen Teilnehmende auf einer durch Palästina Spricht beworbenen Versammlung in Trier (Rheinland-Pfalz) am 15. Oktober Schoa-relativierende Schilder mit den Aufschriften „One Holocaust doesn't justify another“ und „Stop doing what Hitler did to you“. Auch wurde dort die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ auf Schildern gezeigt und gerufen, womit nicht nur die antisemitischen Massaker der Hamas affirmiert, sondern auch Israel das Existenzrecht abgesprochen wurde.

Als links/antiimperialistisch klassifiziert RIAS antisemitische Vorfälle, die mit linken Positionen verbunden sind oder bei denen ein Bezug zu linken Traditionen wie dem (befreiungsnationalistischen) Antiimperialismus feststellbar ist. Die antiisraelische Rhetorik von Akteuren, die sich solcher Narrative bedienen, unterscheidet sich häufig in nur wenigen Punkten vom linken Antizionismus der 1970er-Jahre. Aber auch Vorfälle, die Bezüge zu linkem Denken neuerer Art, etwa zu postkolonialen, antirassistischen oder (queer-)feministischen Ideen aufweisen, werden als links/antiimperialistisch erfasst. Auf einer antiisraelischen Versammlung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) am 25. Oktober in München (Bayern) zog ein Redner eine Analogie zwischen dem Handeln Israels und den Verbrechen des Nationalsozialismus, indem er behauptete, Gaza solle „ausgehungert werden, wie dies im Zweiten

Weltkrieg mit Leningrad versucht wurde.“ Ein anderer Redner delegitimierte Israel durch die Bezeichnung als „siedlerkolonialistischen Apartheidstaat“. Auf derselben Versammlung wurde ein Schild mitgeführt mit der Aufschrift „Rache bringt keinen Frieden“.

Islamische/islamistische Akteure waren gemeinsam mit Akteuren aus anderen politisch-weltanschaulichen Spektren auf antiisraelischen Versammlungen vertreten. Vereinzelt wurden aber auch genuin islamische/islamistische Versammlungen abgehalten, auf denen antisemitische Inhalte artikuliert wurden. Als islamisch/islamistisch erfasst RIAS antisemitische Vorfälle, die sich positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken beziehen und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das schließt Bezugnahmen auf unterschiedliche Islamverständnisse ein, darunter auch islamistische. Auf einer von Generation Islam organisierten antiisraelischen Versammlung am 3. November in Essen wurden unter anderem die Sprechchöre „Was ist los in Palästina – es hieß doch: Nie wieder!“ und „KZ-Lager, das ist Gaza!“ gerufen. Sicherheitsbehörden attestieren der Gruppe Generation Islam eine ideologische Nähe zu Hizb ut-Tahrir, einem 2003 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten und transnational agierenden islamistischen Netzwerk, das 1953 als Abspaltung der Muslimbruderschaft gegründet wurde und das die Errichtung eines globalen Kalifats anstrebt.⁴³

4.6. Situative Faktoren

Ganz im Sinne des Routine Activity Approach⁴⁴ ist für antisemitische Vorfälle häufig entscheidend, dass potenzielle Betroffene verfügbar sind, es also auch situativ Gelegenheiten gibt, antisemitisch zu handeln. Das betrifft insbesondere Jüdinnen/Juden, die, wenn sie als solche erkennbar sind, mit antisemitischen Anfeindungen oder Angriffen rechnen müssen. Zu den

43 Bundesamt für Verfassungsschutz: Islamismus und islamistischer Terrorismus. Online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/2022-vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus-artikel.html> (Zugriff am 04.04.2024)

44 Cohen / Felson: Social Change and Crime Rate Trends.

situativen Faktoren können auch Konflikte mit Jüdinnen_Juden oder als solchen wahrgenommenen Personen zählen, insofern sie die Motivation erhöhen können, sich antisemitisch zu verhalten. Ebenso wirken sich Veranstaltungen oder Symbole, die jüdische oder israelische Bezüge haben, auf das Vorfallgeschehen aus, wenn sie zum Anlass für antisemitisches Handeln genommen werden. Daneben können Situationen wie Versammlungen, Fußballspiele und Ähnliches, bei denen es vermeintlich oder tatsächlich keine Kontrolle über das Verhalten Einzelner gibt, kollektive Dynamiken auslösen, im Zuge derer es zu antisemitischen Vorfällen kommt.

Im Untersuchungszeitraum stechen zwei situative Konstellationen heraus. So kam es in ganz Deutschland zu antisemitischen Störungen von Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Hamas-Massaker und von pro-israelischen Versammlungen. Beispielsweise rief ein Passant, als er am 7. November in Göttingen (Niedersachsen) eine Gedenkveranstaltung für die israelischen Opfer passierte, dass alle Anwesenden vergast gehörten. Außerdem wurden deutschlandweit israelische Flaggen verbrannt, beschädigt und gestohlen, die öffentliche Einrichtungen wie Rathäuser aus Solidarität gehisst hatten. Dies betraf mitunter auch private Haushalte: So wurde am 9. November in Altenkirchen (Rheinland-Pfalz) das Fenster einer Wohnung eingeworfen, in dem ein Davidstern und eine Israelflagge hingen.

5. Betroffenenperspektive

Systematische Untersuchungen zur Betroffenenperspektive auf Antisemitismus seit dem 7. Oktober stehen verständlicherweise noch weitestgehend aus. Aus Gesprächen, die der Bundesverband RIAS mit Meldenden und Betroffenen antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober geführt hat, sowie aus Beiträgen von Jüdinnen_Juden, die in der Öffentlichkeit stehen, ergibt sich jedoch ein erstes Bild.

Unmittelbar mit dem 7. Oktober ergriffen Jüdinnen_Juden in Deutschland Maßnahmen zu ihrer Sicherheit. Viele schränkten ihre Sichtbarkeit ein und tun dies immer noch, indem sie beispielsweise auf das Tragen von als jüdisch erkennbaren Symbolen verzichten und auf der Straße kein Hebräisch mehr sprechen. Einige israelische Restaurants blieben in den ersten Tagen geschlossen oder schränkten ihre Erkennbarkeit ein, jüdische Kinder wurden vorsorglich nicht in Kitas und Schulen geschickt. Auch wenn Einrichtungen wieder geöffnet sind und alltägliche Aufgaben wieder wahrgenommen werden, bleiben die Sicherheitsmaßnahmen insbesondere an jüdischen Orten hoch. Das (sichtbare) jüdische Leben ist weiterhin stark eingeschränkt. Es ist die Rückkehr in einen *neuen* Alltag. Diese erste Einschätzung bestätigt eine zwischen dem 20. und 30. November 2023 durchgeführte Online-Befragung der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Deutschland. Demnach wirkt sich die Situation im Zusammenhang mit dem Krieg in Israel auf 68 % der jüdischen Gemeinden negativ aus, und 78 % der Vorsitzenden vertreten die Ansicht, dass es unsicherer geworden sei, als Jüdin_Jude in Deutschland zu leben und sichtbar zu sein. Diese Bedrohungssituation wirkt sich unmittelbar auf jüdisches Leben in Deutschland aus: 43 % der jüdischen Gemeinden haben aufgrund von Sicherheitsbedenken Veranstaltungen abgesagt, während 69 % eine geringere Teilnahme am Gemeindeleben verzeichnen.⁴⁵

45 Zentralrat der Juden in Deutschland: Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Dezember 2023. Online unter: https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/Lagebild/Zentralrat_Lagebild_Infografik.pdf (Zugriff am 12.02.2024).

Die besondere Bedrohungssituation für Jüdinnen_Juden in Deutschland ergibt sich aus der Verschränkung genozidaler Gewalt vom 7. Oktober mit der starken Zunahme antisemitischer Vorfälle hierzulande. In diesen werden die Taten in Israel gefeiert, legitimiert oder geleugnet, ihre Wiederholung in Deutschland angekündigt. Auch der genozidale Charakter des Massakers wurde im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr der israelischen Reaktion zugeschrieben. Besondere Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden von Jüdinnen_Juden in Deutschland haben dabei antisemitische Vorfälle durch Bekannte oder im Wohnumfeld der Betroffenen. So wurden deutschlandweit Wohnhäuser als jüdisch markiert, indem sie mit einem Davidstern oder aber mit einem Hakenkreuz versehen wurden.

6. Fazit

Die Massaker der Hamas am 7. Oktober in Israel führten zu einem massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland. Insbesondere aus dem antiisraelischen Aktivismus, aus islamischen/islamistischen und aus linken/antiimperialistischen Spektren dokumentierte RIAS bundesweit Vorfälle unterschiedlichster Qualität. Diese reichten von antisemitischen Bemerkungen in den sozialen Medien über Bedrohungen, Beschädigungen von Gedenkstätten und Synagogen bis hin zu Angriffen und Fällen extremer Gewalt. Die durchschnittliche tägliche Anzahl der von RIAS dokumentierten Vorfälle, die einen Bezug zu den Massakern und dem Krieg Israels gegen die Hamas hatten, war im ersten Monat nach dem 7. Oktober vier Mal so hoch wie im rechnerischen Mittel des Vorjahres 2022.

Blickt man auf diese Entwicklungen mithilfe des analytischen Rasters der Gelegenheitsstrukturen, zeigt sich, dass es sich beim Anstieg antisemitischer Vorfälle nicht um einen Automatismus handelte. Die Besonderheiten des Anlassereignisses – genozidale Gewalt gegen Jüdinnen_Juden in Israel –, die Berichterstattung in den Medien, politisch-kulturelle Reservoirs in Deutschland, Angebote und Framings politischer Akteure und eine Reihe situativer Faktoren dürften die Zunahme antisemitischer Vorfälle begünstigt haben. Begrenzt wurde das Vorfallgeschehen wahrscheinlich durch die einhellige und zum Teil repressive Reaktion des politischen Systems, womöglich auch durch die Gleichzeitigkeit und Verknüpfung der Debatten um Migration und islamischen/islamistischen Antisemitismus. Für Jüdinnen_Juden in Deutschland stellt der 7. Oktober eine Zäsur da, die das Gefühl der Bedrohtheit und Isolation in der deutschen Gesellschaft verstärkt.

Literatur und Quellen

Baum, Markus: *Verschwörungsnarrative im Kontext von Krisenerfahrungen und Kontrollverlusten* (CARS Working Papers # 007). Online unter: https://katho-nrw.de/fileadmin/media/foschung_transfer/forschungsinstitute/CARS/CARS_WorkingPaper_2022_007_Baum.pdf (Zugriff am 12.02.2024).

Palästinenser-Netzwerk feiert Hamas-Angriff. In: ZDFheute, 07.10.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hamas-angriff-israel-samidoun-berlin-sonnenallee-100.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Bertolaso, Marco: *Auch die Hamas ist eine journalistische Quelle*. In: Deutschlandfunk, 19.10.2023 (Audiobeitrag), <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zu-berichten-ueber-den-nahost-konflikt-auch-die-hamas-ist-eine-quelle-dlf-47f20254-100.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Betätigungsverbot für Hamas und Samidoun in Deutschland. In: tagesschau, 02.11.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verbot-hamas-samidoun-100.html> (Zugriff am 30.11.2023).

Beyer, Robert: *„Die Israelis können tun, was sie wollen und haben dafür immer Rückendeckung“ – Einseitig kritische Nahostberichterstattung in der deutschen Qualitätspresse*. In: Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): *Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos 2015, S. 217–240.

Bundesamt für Verfassungsschutz: *Islamismus und islamistischer Terrorismus*. Online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/2022-vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus-artikel.html> (Zugriff am 04.04.2024).

Bundesverband RIAS: *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*. 2023. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf (Zugriff am 05.02.2024).

Bundesverband RIAS: *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022*. 2023. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitic_incidents_in_Germany_Annual-Report_Federal_Association_RIAS_2022.pdf (Zugriff am 05.02.2024).

Bundesverband RIAS: *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. 2020. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf (Zugriff am 08.04.2024).

Bundesverband RIAS / IIBSA: *Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021*. 2021. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf (Zugriff am 05.02.2024).

Cohen, Lawrence / Marcus Felson: *Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach*. In: *American Sociological Review* Vol. 44, No. 4 (1979), S. 588–608.

Deutscher Bundestag: *Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Lage in Israel*. Drucksache 20/8736, 10.10.2023. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008736.pdf> (Zugriff am 06.02.2024).

Drei Wochen nach Verbot: Razzien bei Hamas und Samidoun. In: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-drei-wochen-nach-verbot-razzien-bei-hamas-und-samidoun-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231123-99-48004> (Zugriff am 30.11.2023).

Eifler, Stefanie: Einleitung: *Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität.* In: Dies. et al. (Hrsg.): *Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität: Soziale Probleme, Gesundheit und Sozialpolitik. Materialien und Forschungsberichte, Nr. 2.* Bielefeld: Universität Bielefeld 2001, S. 5–18.

Frankfurt darf umstrittene Demo-Parole nicht verbieten. In: WELT, 22.03.2024, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article250702800/Frankfurt-darf-umstrittene-Demo-Parole-nicht-verbieten.html> (Zugriff am 04.04.2024).

Gehrke, Kerstin: Nach Ausschreitungen bei Pro-Palästina-Demo: 25-Jähriger erhält acht Monate auf Bewährung. In: Tagesspiegel, 15.11.2023, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-ausschreitungen-bei-pro-palastina-demo-25-jahriger-am-mittwoch-vor-gericht-in-berlin-10781104.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Großrazzia gegen Islamisches Zentrum Hamburg. In: NDR, 17.11.2023, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Grossrazzia-gegen-Islamisches-Zentrum-Hamburg,razzia2228.html> (Zugriff am 04.12.2023).

Gruber, Julius / Bianca Loy / Daniel Poensgen: *Antisemitic Reactions to October 7: The German Case.* In: Rosa Freedman / David Hirsch / Odeliya Lair Zafir (Hrsg.): *Responses to 7 October, Vol. 3: Law & Society* (upcoming, London: Routledge 2024).

Hendlmeier, Till / Christoph Schuch / Laura Schwarz: *Antisemitismus – eine Gefahr: Über antisemitismus(un)kritische Prognosen im Versammlungsrecht*. In: Verfassungsblog, 11.11.2023, <https://verfassungsblog.de/antisemitismus-eine-gefahr/>, DOI: 10.59704/22736a1af85809e7 (Zugriff am 22.02.2024).

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): *Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. Online unter: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (Zugriff am 20.02.2024).

Kitschelt, Herbert P.: *Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies*. In: British Journal of Political Science 16, No. 1 (1986), S. 57–85.

McAdam, Doug: *Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions*. In: Doug McAdam / John D. McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press 1996, S. 23–40.

Mokros, Nico / Andreas Zick: *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung (Kap. 5)*. In: Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hrsg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2023, S. 149–184.

Postone, Moishe: *Antisemitismus und Nationalsozialismus*. In: Moishe Postone (Hrsg.): *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*. Freiburg i. Brsg.: ça ira-Verlag 2020, S. 165–194.

Ragad, Abdelali / Richard Irvine-Brown / Benedict Garman / Sean Seddon: *How Hamas built a force to attack Israel on 7 October*. In: BBC, 27.11.2023, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67480680> (Zugriff am 04.04.2024).

Rensmann, Lars: *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

RIAS Bayern: „*From the river to the sea*“. *Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021*. 2021. Online unter: https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf (Zugriff am 27.02.2024).

Richter, Thomas / Janosch Kleinschnittger / Katrin Brettfeld / Peter Wetzels: *Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland (GIGA Focus Global 1/2023)*. Hamburg: German Institute for Global and Area Studies (GIGA). Online unter: <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011> (Zugriff am 22.02.2024).

Salzborn, Samuel: *Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung*. In: *Recht und Politik* 57 (2021), S. 221–227.

Schüler-Springorum, Stefanie: *Antisemitismus und Antisemitismusforschung: Ein Überblick*. In: *APuZ* (Hefthema Antisemitismus) Jahrgang 70, Nr. 26-27 (Hefthema: Antisemitismus), S. 29–35. Online unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2020-26-27_online.pdf (Zugriff am 22.02.2024).

Steinmeier zu Besuch in Israel: „*Unsere Solidarität gilt*“. In: *tagesschau*, 26.11.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/steinmeier-israel-152.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Troschke, Hagen: *Kritik, Kritik und De-realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012*. In: Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): *Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos 2015, S. 253–274.

Ullrich, Peter: *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Deutschland und Großbritannien. (Reihe: Rosa-Luxemburg-Stiftung: Texte 48)*. Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2008.

Ullrich, Peter / Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler:
Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus.
In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hrsg.): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2012, S. 68–85. Online unter: https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2012.pdf (Zugriff am 12.03.2024).

Versammlung darf nicht unter „From the River to the Sea“-Motto stattfinden. In: Legal Tribune Online, 03.04.2024, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-freiburg-vgh-mannheim-palaestina-demonstration-demo-parole-river-to-sea-hamas/> (Zugriff am 04.04.2024).

Verwaltungsgerichtshof verbietet antisemitische Parolen. In: hessenschau, 02.12.2023, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/demos-in-frankfurt-verwaltungsgerichtshof-verbietet-antisemitische-parolen-v1,kurz-vgh-urteil-zu-parolen-bei-demos-100.html> (Zugriff am 05.02.2024).

Whine, Mike: *Can the European Agencies Combat Antisemitism Effectively?*
In: *Israel Journal of Foreign Affairs* Vol. 11/2018, No. 3, S. 371–381.

Zentralrat der Juden in Deutschland: *Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland*. Dezember 2023.
Online unter: https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/Lagebild/Zentralrat_Lagebild_Infografik.pdf (Zugriff am 12.02.2024).

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin, Deutschland
Telefon: 030 50 93 119 15
presse@rias-bund.de

ISSN

2943-5420

V. i. S. d. P.

Benjamin Steinitz, Bundesverband RIAS

Autor_innen

Julius Gruber, Bianca Loy, Daniel Poensgen

Lektorat

Dr. Julia Roßhart

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2024 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in diesem Working Paper wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der Anbieter_in oder Betreiber_in der jeweiligen Seiten verantwortlich. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages